

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Widerstand gegen das Therapiezentrum in Mauren wächst

Einsprachen, Ausweitung der Unterschriftenaktion durch Anrainer ins Auge gefasst – Rechtsstreit derzeit nicht ausgeschlossen

(hoe) – Der Widerstand gegen die therapeutische Wohngemeinschaft im Ortsteil Guler in Mauren wächst. Nach Bekanntwerden, dass der Verein für betreutes Wohnen in Liechtenstein in der Glatz-Villa eine therapeutische Wohngemeinschaft einzurichten gedenke, kam es spontan zu Einsprachen und zu einer Unterschriftenaktion mit über 520 Unterschriften gegen das Projekt. Diese soll möglicherweise nun ausgeweitet werden, nachdem das 1. Gespräch am 18. April 89, zwischen den Verhandlungsdelegationen, gegenüber der völlig falschen Meldung des Liechtensteiner «Vaterlandes» vom Donnerstag, 20. April 89, ergebnislos blieb.

Im Rahmen einer von Gemeindevorsteher Hartwig Kieber einberufenen «Schlichtungsversammlung» aller Interessengruppen am 28. März 89 zeigten sich deutlich die verhärteten Fronten, die sich im Verlaufe der letzten Wochen leider noch verschärft haben. Unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Wolff wollen sich die Verhandlungsdelegationen am 28. April zu einem zweiten Schlichtungsgespräch treffen.

Die betroffenen Guler-Familien (18 Familien mit ca. 32 Kindern) in einem intakten Wohngebiet stellen sich auf den Standpunkt, dass sie von den Betreibern und vom Fürsorgeamt als unmittelbare Nachbarn dieses umstrittenen Therapiezentrums völlig ignoriert worden seien. Schon allein die Vertuschungsversuche, dass in diesem Teil der Gemeinde Mauren eine therapeutische Wohngemeinschaft als Pilotprojekt verwirklicht werden sollte, wirft manche Fragen auf. Die Frage etwa: warum und was wurde versucht zu verbergen? – Warum schaltete sich die Regierung mit der Information erst so spät ein? – Wieso stellt sich nicht das Fürsorgeamt in die vordere Reihe, wenn es um ein so wichtiges Sozialprojekt geht? – Warum wurde – nach Bekanntwerden des Widerstandes in der Maurer Bevölkerung – eiligst ein zweites überarbeitetes Konzept herausgegeben, das laut «Vaterland»-Interview mit Dr. Wolff «auf die Besonderheiten des Wohnquartiers Guler zugeschnitten ist»?

Sportfonds schüttete 167 000 Franken aus

(paf) – Der Liechtensteinische Sportfonds hat im vergangenen Jahr zur Förderung des Sports in Liechtenstein Fr. 167 000.– ausgeschüttet. Aufgrund der im gleichen Jahr erzielten Erträge von Fr. 380 000.– erhöhten sich die Eigenmittel des Sportfonds auf 1,3 Millionen Franken.

Die Gründung des Liechtensteinischen Sportfonds als unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts geht auf das Jahr 1964 zurück. Damals widmete das Land der Stiftung ein Startkapital von Fr. 200 000.– und übertrug die Verwaltung des Stiftungsvermögens dem Sportbeirat. Aufgrund eines vom Landtag genehmigten Regierungsbeschlusses fliessen der Stiftung seit 1987 jedes Jahr der Gewinnanteil des Landes am Ertrag der Sport-Toto-Gesellschaft und ein Drittel des Gewinnanteils am Ertrag der Interkantonalen Landeslotterie zu.



CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Aeulestrasse 74
Telefon 075/28188

Die Guler-Familien befürchten, dass dieses zweite Konzept nur zur Beschwichtigung diene, man aber in der «Salamitaktik» weiterfahre. Der in diesem zweiten Papier umschriebene Patientenkreis sei – so die Initianten – identisch mit der Patientengruppe des 1. Konzeptes. Bildlich gesprochen handle es sich um «alten Wein in neuen Schläuchen».

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss von der «Guler»-Verhandlungsdelegation in einem Zusatz zur Stellungnahme erfahren haben, werden auch ehemalige Drogenabhängige und Alkoholiker in dieser Wohngemeinschaft untergebracht. Diese Aussage hätten die Herren Dr. O. Ospelt und Dr. M. Büchel anlässlich der Sitzung vom 17. April 1989 im Beisein des Regierungsvertreters gemacht. Kurz gesagt: Die Initianten fühlen sich hintergangen. Dies kommt besonders in der offiziellen Stellungnahme zum Ausdruck, wo es wörtlich heisst: «Unser Misstrauen, das wir diesen Leuten zu Recht entgegenbringen, haben diese sich aufgrund ihrer rücksichtslosen Vorgehensweise und ihres Verhaltens bei der Standortbestimmung selbst zuzuschreiben».

Es kam zu Missverständnissen

In seiner Stellungnahme schreibt Dr. Wolff, dass es aufgrund des Informationsdefizits zu einigen Missverständnissen gekommen sei, besonders hinsichtlich des Kreises der in Aussicht genommenen Be-

wohner. Tatsächlich sei es so, dass in diese Wohngemeinschaft auf keinen Fall Personen aufgenommen werden sollen, die entweder Suchtprobleme haben, von Alkohol, Medikamenten oder anderen Drogen abhängig seien, zu Gewalttätigkeiten neigen, akute psychotische Zustände hätten oder an schweren geistigen Behinderungen litten. Wolff räumt allerdings ein, die «aufgekommene ablehnende Haltung eines Grossteils der Bevölkerung, könne nicht ohne Wirkung bleiben».

In einem Communiqué hat der Verein für betreutes Wohnen sein Projekt in den Landeszeitungen am Mittwoch, den 19. April erläutert. Sinn und Zweck des Vereins ist es, mehrere solcher Wohngemeinschaften im Lande einzurichten. Das Konzept wird von der Regierung unterstützt. Angesichts der in Mauren sichtbaren harten Widerstände muss man sich auf der anderen Seite aber ernsthaft fragen, ob eine Realisierung in anderen Gemeinden nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt ist und man nicht nach anderen, besseren Wegen suchen sollte.

Was kann Gemeinde tun?

Als die erfolgversprechendste Lösung bezeichnet Vorsteher Hartwig Kieber das informative Sachgespräch und den Versuch eines Konsenses, wenn unterschiedliche Sachinteressen und gegensätzliche Rechtsstandpunkte vertreten werden. Er

habe die Regierung schriftlich über die Situation unterrichtet und seine Bedenken geäussert, ob eine therapeutische Wohngemeinschaft im Guler aufgrund des heftigen Widerstandes noch sinnvoll sei.

Unterschriftenaktion und möglicher Rechtsstreit?

Wie heftig dieser Widerstand ist, verdeutlicht sich am festen Willen der Guler-Initianten, wenn nötig eine mögliche Ausweitung der Unterschriftenaktion ins Auge zu fassen und einen Rechtsstreit in Kauf zu nehmen. Hier handle es sich nicht um ein Problem, das nur ein Quartier betreffe, sondern es gehe um die Interessen einer ganzen Gemeinde. Die Anliegen der Sozialpolitik – das sei abschliessend kommentiert, muss man – besonders in unserer Wohlstandsgesellschaft – sehr ernst nehmen. Die, aus welchen Gründen auch immer, an den Rand der Gesellschaft gedrückten Aussenseiter, haben ebenso ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein. Für sie zu sorgen ist unsere Pflicht. Dies ist die Kehrseite der Medaille: Aber mit fairen Mitteln und im gegenseitigen Vertrauen, mit Dialogbereitschaft und ohne Wahrheitsverzerrung. Dies alles hat im Guler-Fall gelitten und in die Sackgasse geführt.

Lesen Sie im Innern der heutigen Ausgabe die Stellungnahmen aller involvierten Interessengruppen.

Streusalzverbrauch um 23 Prozent angestiegen

Bericht des Tiefbauamtes zum Winterdienst 1988 an die Regierung – Insgesamt 1215 Einsatzstunden

(paf) – Die Aufwendungen für den Winterdienst 1988 liegen mit Gesamtkosten von Fr. 664 000.– um mehr als ein Drittel über denjenigen des Vorjahres. Trotz der ausserordentlich niederschlagsreichen Monate Februar und März und langanhaltenden Nebelperioden in der zweiten Jahreshälfte konnte der Winterdienst ohne anmassende Störungen durchgeführt werden.

Dazu beigetragen haben in erster Linie die zuverlässigen Einsätze des Betriebspersonals und die zur Verfügung stehenden leistungsfähigen Schneepflüge, Aufsatzstreuer und Schneefräsen. Nach der Anschaffung einer Funkanlage kamen erstmals die für die Einsatzleiter und die Unternehmer angeschafften Meldeempfänger zum Einsatz, die eine wesentliche schnellere und bessere Verständigung zwischen den Einsatzleitern und dem Pflug- und Streudienst ermöglichen. Innerhalb der Einsatzgruppen ist damit eine noch bessere Koordination und Kontrolle möglich.

Mehr Streusalz verbraucht

Währenddem sich der Verbrauch an Streusplitt im Rahmen des Vorjahres bewegte, stieg der Streusalzverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 23 Prozent auf 270 Tonnen an. Die Ursache dafür liegt in den im zweiten Halbjahr 1988 über längere Zeit zu verzeichnenden Nebellagen, die als überforderndes Rauheif die Verkehrssicherheit massiv gefährdeten, weshalb vermehrte Streueinsätze angeordnet werden mussten. Wie aus dem Bericht des Tiefbauamtes an die Regierung hervorgeht, war der im vergangenen Jahr angestiegene Streusalzverbrauch aufgrund der besonderen Witterungsverhältnisse trotz der Einhaltung der strengen Weisungen bezüglich eines möglichst sparsamen Einsatzes von Streusalz aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht zu vermeiden.

Mit der Fertigstellung des Werkhofes Triesenberg verfügt das Land heute über genügend Silos für die Einlagerung von Streugut. Der optimale Standort des

Werkhofes und die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten für das Einstellen der Fahrzeuge und Geräte ermöglichen schnelle und rationelle Pflug- und Streueinsätze.

Insgesamt 1215 Einsatzstunden

Der Früh- und Spätdienst leistete 1988 insgesamt 1215 Einsatzstunden. Aufgabe dieses Dienstes sind Kontrollfahrten, wenn ausserhalb der Arbeitszeit mit wetterbedingten Strassenverschlechterungen zu rechnen ist. Der Früh- und Spätdienst hat sich ausserordentlich gut bewährt, indem er örtliche Streueinsätze selber vornehmen kann und auf Anforderung der Polizei für Aufräumarbeiten, beispielsweise bei Unfällen, kurzfristig zur Verfügung steht.

Die Regierung hat den Bericht über den Winterdienst zur Kenntnis genommen mit der Anweisung an das Tiefbauamt, der möglichst sparsamen Anwendung von Streusalz das besondere Augenmerk zu schenken.

Sind wir auf dem Weg zum Dienstleistungsstaat?

Entwicklung bei der Berufswahl hin zu den kaufmännischen Berufen hält an – Langschuljahr bald beendet

Ende Juni geht das Langschuljahr zu Ende. Viele der diesjährigen Schulabgänger/innen aus Oberschule und Realschule haben bereits eine Lehrstelle gefunden, andere sind immer noch auf der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz. Bei dieser Suche steht den jungen Leuten die Berufsberatungstelle zur Seite, welche diese berät und ihnen hilft, die passende Lehrstelle zu finden. Dr. Karl Jöhle von dieser Stelle stellt in einem kürzlich der Regierung zugeleiteten Bericht auch dieses Jahr fest, dass sich immer mehr Jugendliche für einen Beruf im kaufmännischen Bereich entscheiden, während die Interessenten für handwerkliche Berufe weiter rückläufig sind. Befinden wir uns auf dem Weg zu einem Dienstleistungsstaat?

Zurzeit liegen zwar noch keine genauen Zahlen über die Berufswahl der Schulabgänger/innen vor, denn von den 306 Fällen sind bis jetzt noch 51 offen. Die Berufsberatung hilft ihnen weiter, damit

(Fortsetzung auf Seite 2)



Immer mehr junge Leute zieht es hin zu den kaufmännischen Berufen. Ungefähr ein Drittel der laufenden Lehrverhältnisse gehen in diese Sparte.

Regierung für die Fernseh-Konvention

(paf) – Die Regierung hat sich grundsätzlich für die Unterzeichnung der Europäischen Konvention über das grenzüberschreitende Fernsehen ausgesprochen und Regierungschef Hans Brunhart bevollmächtigt, diese im Rahmen der Ministerkomiteesitzung des Europarates am 5. Mai für das Fürstentum Liechtenstein zu unterzeichnen. Das Zusammentreffen der Aussenminister der Europaratsstaaten und die Unterzeichnung der Konvention stehen im Zeichen des Jubiläums des Europarates, der in diesem Jahr sein 40jähriges Bestehen feiern kann.

Trotz des Fehlens eines eigenen Fernsehens sprechen nach Auffassung der Regierung gute Gründe für die Unterzeichnung der Massenmedienkonvention als einer der wichtigsten Vereinbarungen, die im Rahmen des Europarates abgeschlossen wurden. So beinhaltet die Konvention neben einer zeitlichen Werbebeschränkung auch Grundsätze über die audiovisuelle Information mit Bestimmungen gegen Pornografie und Gewalt sowie den Einbezug des Entgegengerechtes.

Eine zusätzliche Bedeutung erhält der Vertragstext durch die weitgehend identischen Normen mit der Europäischen Gemeinschaft EG, die ebenfalls Vertragspartei der Konvention ist.

Fusion der Pfadfinder und Pfadfinderinnen

Zu einem «historischen Akt» im liechtensteinischen Pfadfindertum kommt es morgen Samstag in Balzers. Nach jahrelanger Vorarbeit werden an einer Ausserordentlichen Führer- und Führerinnenversammlung der beiden Korps «Fürstlich Liechtensteinisches Pfadfinderkorps St. Georg-Pfadfinder Liechtensteins» und «Fürstlich Liechtensteinisches Pfadfinderinnenkorps-Pfadfinderinnen

Liechtensteins» diese beiden Vereine aufgelöst und zu einem gemeinsamen Verband zusammengezogen. Nach der Fusion durch die Annahme der gemeinsamen Statuten wird die Gründungsversammlung des neugebildeten Verbandes mit dem Namen «Pfadfinder und Pfadfinderinnen Liechtensteins» durchgeführt und mit einer kleinen Feier gebührend begangen. Zu diesem Anlass sind alle Führerinnen und Führer der verschiedenen Pfadfinderkorps eingeladen. Beginn ist um 17.30 Uhr im Gemeindegarten Balzers.

Koalitionsgespräche

Die Delegationen der Vaterländischen Union und der Fortschrittlichen Bürgerpartei trafen sich am 19. April 1989 zu einer zweiten zwischenparteilichen Besprechung im Hinblick auf die Bildung einer Koalition. Gegenstand der Beratungen bildeten erneut verschiedene damit im Zusammenhang stehende Fragen, die im Anschluss an die erste Besprechung vom 11. April 1989 weiter erörtert wurden. Eine weitere Besprechung wurde in Aussicht genommen.

Wir helfen weltweiter.

ZÜRICH
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein
Josef Sele
Aeulestrasse 80, FL-9490 Vaduz
Telefon 075/24333